

SKOS CSIAS COSAS

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
Conférence suisse des institutions d'action sociale
Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale

Welche Folgen haben Rechtsungleichheit und Rechtsunsicherheit für die Schweizer Sozialpolitik?

Caroline Knüpfer
Fachbereichsleiterin Grundlagen
caroline.knuepfer@skos.ch

Jahrestagung der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik
10.11.2011

SKOS CSIAS COSAS

Gliederung des Referats

1. Kantonale Zuständigkeit als Quelle von Ungleichheit

- Allgemeiner Rahmen der Schweizer Sozialpolitik
- Rolle der Kantone und des Bundes
- Organisation der Sozialhilfe und der FamEL
- Institutionelle Akteure in diesem politischen Bereich
- Auswirkungen bezüglich Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit

2. Konkrete Beispiele für Rechtsungleichheit und Rechtsunsicherheit

3. In Richtung neue Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen?

Caroline Knüpfer, SVSP 10.11.2011

SKOS CSIAS COSAS

I. Kantonale Zuständigkeit als Quelle von Ungleichheit

Caroline Knüpfer, SVSP 10.11.2011

SKOS CSIAS COSAS

1.1 Allgemeiner Rahmen der Schweizer Sozialpolitik

- **Art. 41 Bundesverfassung: Sozialziele**
Jeder Mensch muss an der sozialen Sicherheit teilhaben können
- **Zuständigkeit des Bundes für die Sozialversicherungen erst seit der Mitte des 20. Jahrhunderts**
- **Art. 108-120 Bundesverfassung**
Die Sozialversicherungen decken die Risiken einer «normalen Biografie»



Caroline Knüpfer, SVSP 10.11.2011

1.2 Rolle der Kantone und des Bundes in den Bereichen Sozialhilfe und FamEL

- **Souveränität der Kantone:**
Weitgehende rechtliche und politische Autonomie (Art. 3 BV)
 - Art. 115 Bundesverfassung
Bedürftige werden von ihrem Wohnkanton unterstützt
 - Endgültiges Scheitern der parlamentarischen Vorstösse für die Einführung von FamEL auf Bundesebene
- => Interkantonale Konferenzen oder Instanzen:
Kein Recht auf Einmischung, kein Regulierungs- oder Überwachungsauftrag bezüglich Sozialhilfe und FamEL.

1.3 Rechtlicher Rahmen und Organisation von Sozialhilfe und FamEL

Sozialhilfe

26 kantonale Sozialhilfegesetze :

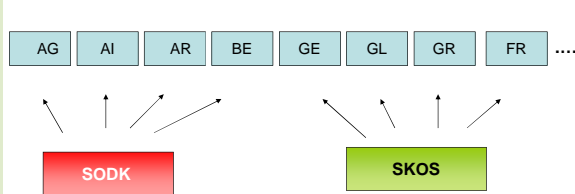
- Relativ einheitliche Berechnung der sozialen Existenzminimums
 - Grosse Unterschiede bei den situationsbedingten Leistungen und Anreizleistungen
- Organisation der Sozialbehörden und Umsetzung der Sozialhilfe mehrheitlich auf Ebene der Gemeinden
 - Grosse Ungleichheit betreffend Professionalisierungsgrad bei der Umsetzung

FamEL

- 4 sehr unterschiedliche kantonale Gesetze über die FamEL

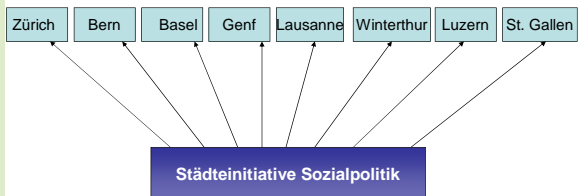
1.4 Die Akteure der Sozialhilfepolitik

Horizontale Koordination



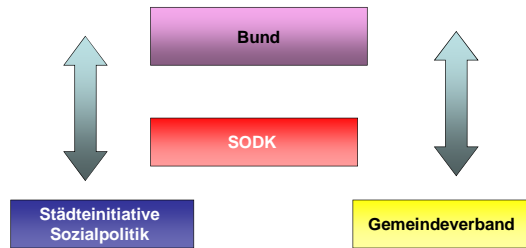
1.4 Die Akteure der Sozialhilfepolitik

Horizontale Koordination



1.4 Die Akteure der Sozialhilfepolitik

Vertikale Koordination



1.4 Die Akteure der Sozialhilfepolitik

- Unklarheit auf Ebene des öffentlichen Rechts, da privatrechtlich geregelt
- Informelle Gewalten, da keine gesetzgeberische Kompetenz
- Keine tatsächliche Regulierungs- oder Kontrollkompetenz

1.4 Die Akteure der Sozialhilfepolitik

• Nationaler Dialog

Ziel	Verminderung der durch die heutige Kompetenzverteilung verursachten Ungleichheiten auf der Traktandenliste
Mittel	Austausch zwischen Partnern
Resultate	Sensibilisierung

• SODK

Ziel	Verminderung der durch die heutige Kompetenzverteilung verursachten Ungleichheiten = einer der Daseinsgründe
Mittel	Für alle Kantone zumutbare Empfehlungen
Resultate	Bisweilen wenig konkret und handlungstauglich im Bereich der <u>Ungleichheit</u>

1.4 Die Akteure der Sozialhilfepolitik

• SKOS

Ziel	Verminderung der durch das Fehlen eines Bundes(rahmen)gesetzes zur Sozialhilfe verursachten Ungleichheiten
Mittel	Empfehlungen
Resultate	Tatsächlicher Beitrag zur Harmonisierung der Sozialhilfe Erstellen von Gewohnheitsrecht auf dem Gebiet des sozialen Existenzminimums



Kritik: Zu wenig demokratische Abstützung und Transparenz

1.5 Folgen und Auswirkungen dieses Aufbaus der Sozialhilfepolitik

Seit kurzem zu beobachtender Wandel in den Funktionen der Sozialhilfe

Traditionelle Funktionen der Sozialhilfe	Neue Funktionen der Sozialhilfe
Subsidiär	Ergänzend und ausgleichend
Vorübergehende Hilfe	Ständige Hilfe
Klassische» soziale Risiken	Neue soziale Risiken
Individuelle Notlagen auffangen	Strukturelle Notlagen auffangen

1.5 Folgen und Auswirkungen dieses Aufbaus der Sozialhilfepolitik

- Sozialhilfe = ebenso wichtiges Werk wie die Sozialversicherungen
- Kommunale und kantonale Strukturen schaffen Ungleichheiten bezüglich Angebot und Art der Leistungen
- Grosse Unterschiede bei den FamEL, die ebenfalls von den Kantonen geregelt werden

Aktuelle Frage:

Wie steht es mit dem «fragilen Gleichgewicht zwischen grösstmöglicher Autonomie der Kantone und zentraler Regelung hinsichtlich Effizienz, Gerechtigkeit und Gleichbehandlung?» (Ladner, 2008)

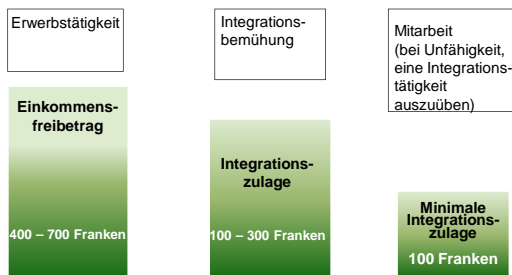
2 Konkrete Beispiele für Rechtsungleichheit und Rechtsunsicherheit in den Bereichen Sozialhilfe und FamEL

2.1 Anreizleistungen in der Sozialhilfe

Die einzelnen Bestandteile des sozialen Existenzminimums

Bestandteile mit Anreizcharakter (Einkommensfreibeträge, Zulagen)
Situationsbedingte Leistungen (Kurse für Kinder, Gesundheitsauslagen usw.)
(Erwerbskosten)
Wohnkosten
Kosten für die medizinische Grundversorgung
Grundbedarf für den Lebensunterhalt (1 Person: Fr. 977.-/Monat)

Bestandteile mit Anreizcharakter



Anwendungen der Leistungen mit Anreizcharakter (Städteinitiative, 2009)

	MIZ 100 Franken	IZU 100-300 Franken	EFB 400-600 Franken	Keine Anreiz- leistungen
Basel	7 %	15 %	19 %	59 %
Bern	22 %	47 %	16 %	15 %
Winterthur	7 %	15 %	20 %	58 %
St. Gallen	0 %	16 %	21 %	63 %
Luzern	24 %	25 %	14 %	38 %
Uster	7 %	21 %	10 %	63 %

**Sozialhilfe:
Interkantonale Unterschiede (Familie mit 2 Kindern)**



- Verheiratet
- Tiefer 100%-Lohn
- Keine Kinderbetreuungskosten
- 4-Zimmer-Wohnung

Caroline Knufler, SVSP 10.11.2011

**Sozialhilfe:
Interkantonale Unterschiede (Familie mit 2 Kindern)**

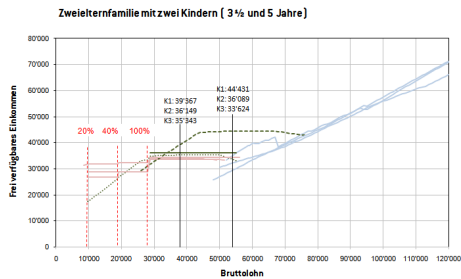


**100% Erwerbstätigkeit
-> ev. Einkommensfreibetrag**

Maximum	36'044	(Sitten)
Minimum	26'559	(Bellinzona)
Differenz	9'485	
Durchschnitt	32'789	

Caroline Knufler, SVSP 10.11.2011

Unterschiede bei den bestehenden resp. geplanten FamEL



Quelle: SKOS

23

3 Fazit

- Strukturelle Faktoren als Ursachen für zahlreiche Armutssituationen
 - Untergraben der für die Sozialhilfe wesentlichen Grundsätze der Individualisierung und der Subsidiarität
- Infragestellung der gegenwärtigen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen
- Forderung nach einem Bundesrahmengesetz über die Existenzsicherung
 - Motionen Wehrli und Fehr: gezielte Neuorganisation der sozialen Sicherheit
 - Motionen Weibel und Humbel: Rahmengesetz über die Sozialhilfe

Caroline Knufler, SVSP 10.11.2011

3 Schlussfolgerung

- Die Aufgabenverteilung im Föderalismus ist nicht sakrosankt.
- Sie muss ständig neu ausgehandelt werden!

«Das bedeutet nicht, dass der Föderalismus ausgedient hat. Das ständige Überprüfen und das neue Aushandeln der Aufgabenverteilung sind integrierender Bestandteil eines lebendigen Föderalismus und eine Notwendigkeit für das Reagieren auf die sich verändernden sozialen Herausforderungen » (S. Thönen)